

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 16.08.2007	Beginn 17:04 Uhr	Ende 19:40 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Frech, Paul

Gutknecht, Werner

Vertreter für Herrn Hens

Hannuschka, Lutz

Kampschulte, Matthias

Rüttershoff, Heinz-Joachim

Zeilert, Hans-Jürgen

Philipp, Gerd

Schier, Peter

Stobbe, Jochen

Vertreterin für Frau Weidner

Tempel, Gabriele

Gießwein, Brigitta

Gießwein, Marcel

Vertreterin für Herrn Kranz

Kappelhoff, Petra Viola

Siepmann, Ernst Walter

Schwunk, Michael

Vorsitzender

Steinrücke, Jürgen Dr.

stellv. Vorsitzender

Dresen, Günther

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried

Kaltenbach, Rosemarie

Kuss, Jürgen

Neuburg, Hanspeter

Voß, Jürgen

Schriftführer/in

Fischer, Rainer

Abwesend:

Mitglieder

Hens, Bernd

Weidner, Heike

Kranz, Jürgen

Zu Beginn der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Anschließend weist er zur Tagesordnung auf folgendes hin:

1. Auf den Plätzen liegen aus
 - Tischvorlage Nr. 116/2007 (Ausschussbesetzungen) zu TOP A 4

 - die weiteren Tischvorlagen 129, 131 und 133 aus 2007 (Hier geht es um eine Erweiterung der Tagesordnung um die entsprechenden Punkte – s. unter 3.)

 - Unterlagen zu TOP A 7 (Mündlicher Finanzbericht)

 - eine berichtigte Anlage 2 zu Vorlage Nr. 90/2007 (TOP A 16) – „Sonder-nutzungssatzung“ s o w i e

 - die Anlage 4 zur nichtöffentlichen Vorlage Nr. 118/2007 – Personalmitteilungen der Verwaltung (TOP B 5.2)

2. **Von der TO abgesetzt** werden – wie im AUS – die Punkte A 15 und B 2 (Bushaltestelle Friedhof).
(Die entsprechenden Punkte werden auch im Rat von der TO abgesetzt.)

3. **Erweiterung der Tagesordnung und Absetzung von Punkten**
Er bittet zu den erwähnten Tischvorlagen:
 - 129/2007 Antrag der SWG-Fraktion „Erstellen von Kostenstellen im Rahmen der Produktpläne“ (vorgesehen als A 17)
 - 131/2007 Gesellschafterversammlung der EN-Agentur am 17.08.2007 Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW (vorgesehen als A 18) s o w i e
 - 133/2007 für den Nichtöffentlichen Teil (vorgesehen als B 6) (Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in einer Steuerangelegenheit)um Erweiterung der Tagesordnung.

Auf Antrag der GRÜNE-Fraktion wird die Vorlage Nr. 129/2007 nicht in die Tagesordnungserweiterung mit einbezogen, so dass der TOP zu Vorlage Nr. 131/2007 nicht als A 18, sondern als A 17 in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Dr. Steinrücke teilt mit, dass die aufgenommenen Punkte auch für den Rat am 23.08.07 vorgesehen werden.

Außerdem wird auf Vorschlag der SPD-Fraktion der Tagesordnungspunkt A 9 von der Tagesordnung abgesetzt.

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.05.07
- 2 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Mitteilungen - Wechsel im Rat
 - 3.2 Mitteilungen - Partnerschaftsurkunde Fourqueux/Schwelm
 - 3.3 Mitteilungen - Marktbeschickung auf dem Altmarkt
- 4 Änderung von Ausschussbesetzungen 116/2007
- 5 Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co KG
 - 5.1 Jahresabschluss 2006 der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co KG (GSWS) 119/2007
 - 5.2 Aufgaben und Ziele der GSWS -Mündlicher Bericht des Geschäftsführers-
- 6 Ordentliche Hauptversammlung der Wuppertaler Stadtwerke AG am 14.08.2007 (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GONW) 121/2007
- 7 Mündlicher Finanzbericht
- 8 Entwicklung der Haushalte/Leitbildentwicklung

9	Ausbildungsplätze bei der Stadt Schwelm	122/2007
10	Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse zu Schwelm für das Geschäftsjahr 2006	113/2007
11	Verwendung des Jahresüberschusses der Städt. Sparkasse zu Schwelm aus dem Geschäftsjahr 2006	114/2007
12	<p>14. vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 3 "Neuloh"</p> <p>1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen gem. § 13 Abs.2 Ziff. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB</p> <p>2. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen gem. § 13 Abs. 2 Ziff. 3 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB</p> <p>3. Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB</p>	078/2007
13	<p>5. Änderung Bebauungsplan Nr. 23 "Fillkuhle"</p> <p>Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB</p>	102/2007
14	<p>Bebauungsplan Nr. 66 "Bahnhof Loh"</p> <p>1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Bürger gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vor Inkrafttreten des Europarechtsanpassungs-gesetzes Bau (EAG Bau)</p> <p>2. Beschluss zur erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der zur Zeit gültigen Fassung</p>	120/2007
15	Bushaltestelle "Friedhof" (Fahrtrichtung Wuppertal) - Kostenschätzung	117/2007
16	Aktualisierung der Sondernutzungssatzung	090/2007
17	Gesellschafterversammlung der EN - Agentur am 17.08.2007 (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 S. 1 GO NW)	131/2007

A Öffentliche Tagesordnung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.05.07

Die Niederschrift für die gemeinsame Sitzung von Hauptausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss sowie vom anschließenden Sitzungsteil des Hauptausschusses wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x

2 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

3 Mitteilungen

3.1 Mitteilungen - Wechsel im Rat

Dr. Steinrücke teilt mit, dass Frau Blaurock (CDU-Fraktion) seit Anfang Juni 2007 nicht mehr in Schwelm wohnt und damit aus dem Rat ausgeschieden ist. Als nächster wählbarer Bewerber der CDU sei am 01.08.07 Herr Siegmund Rant, Buchenstr. 3, Schwelm, in den Rat nachgerückt.

3.2 Mitteilungen - Partnerschaftsurkunde Fourqueux/Schwelm

Dr. Steinrücke verweist auf einen Abdruck der Partnerschaftsurkunde, der ebenfalls auf den Plätzen ausliegt. Der Urkundenaustausch soll beim diesjährigen Heimatfestempfang zwischen den beiden Bürgermeistern vorgenommen werden.

3.3 Mitteilungen - Marktbeschickung auf dem Altmarkt

Zur Frage von Herrn Philipp nach der Entwicklung des Wochenmarktes (s. dazu auch die Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.10.2006) weist Dr. Steinrücke auf die dazu gegebenen Mitteilungen der Verwaltung im Ausschuss für Umwelt und Stadtplanung am 14.08.07 hin. Danach soll der Altmarkt aufgrund ihres geringen Interesses nicht mehr von Markthändlern beschickt werden. Es ist beabsichtigt, die Regelung im September 2007 umzusetzen.

4 **Änderung von Ausschussbesetzungen** 116/2007

Die in der Vorlage Nr. 116/2007 vorgeschlagene Änderung von Ausschussbesetzungen sowie die Änderung der Besetzung im Verwaltungsrat der Technischen Betriebe Schwelm werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x

5 **Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co KG**

s. TOP 5.1

5.1 *Jahresabschluss 2006 der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co KG (GSWS)* 119/2007

Dr. Steinrücke begrüßt den Geschäftsführer der GSWS, Herrn Dorday der die Punkte A 5.1 und 5.2 gemeinsam abhandelt.

Dabei stellt er den Jahresabschluss der Gesellschaft vor und gibt anschließend einen ausführlichen Bericht über deren zukünftige Aufgaben und Ziele.

Im Anschluss daran beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Vertreter der Stadt Schwelm in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co KG, Herr städtischer Rechtsdirektor Guthier oder Vertreter, wird ermächtigt, den Vorschlägen des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss 2006, zur Entlastung des Geschäftsführers und zur Wahl des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2007 zuzustimmen.

Ferner wird er ermächtigt, der Entlastung des Aufsichtsrates zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x
dafür
dagegen:
Enthaltungen: 1

5.2 *Aufgaben und Ziele der GSWS -Mündlicher Bericht des Geschäftsführers-*

s. unter 5.1

6 **Ordentliche Hauptversammlung der Wuppertaler Stadtwerke AG am 14.08.2007 (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GONW)** 121/2007

1. Beigeordneter Voß berichtet über die in der Hauptversammlung getroffenen Entscheidungen. Wesentlich waren die zur Umstrukturierung.

Danach wird die WSW AG in eine Holding mit verschiedenen Tochtergesellschaften (u.a. Versorgungs AG, Verkehrs GmbH) umgewandelt. An der Holding wird die Stadt Schwelm durch Sacheinlage Anteilseignerin mit einem Anteil von ca. 0,6 werden.

Anschließend wird folgender Beschluss gefasst:

Die vom Vertreter der Stadt Schwelm, Herrn 1. Beigeordneten und Stadtkämmerer Jürgen Voß oder Vertreter in der ordentlichen Hauptversammlung der Wuppertaler Stadtwerke AG am 14.08.2007 getroffenen Entscheidungen werden genehmigt.

Wegen der Terminabläufe gilt dieser Beschluss als Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x

7 Mündlicher Finanzbericht

Unter Hinweis auf die auf den Plätzen ausgelegten Informationen zur Entwicklung der Kassenkredite und der langfristigen Darlehen gibt Herr Voß folgenden Finanzbericht:

„Im nichtöffentlichen Teil möchte ich Sie über die Weiterentwicklung in einem Steuerfall informieren.

Schwerpunktmäßig möchte ich heute zum **Stand der NKF-Einführung** zum 01.01.2008 berichten.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 26.04.2007 wurde mit der Vorlage Nr. 062/2007 das weitere Vorgehen im NKF-Einführungsprozess dargestellt.

In den vergangenen Wochen hat sich folgendes weiterentwickelt.

a) Externe Begleitung des NKF-Einführungsprozesses

Die Fa. GMO Management Consulting GmbH wurde beauftragt, den NKF-Einführungsprozess extern zu begleiten. Ergänzend werden **bei Bedarf** bei der Gemeindeprüfungsanstalt in Einzelfragen, insbesondere bei der Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Schulden unter dem Aspekt „Testierfähigkeit der Eröffnungsbilanz“ schriftliche Stellungnahmen eingeholt.

b) Erstellung der Eröffnungsbilanz

Die notwendigen Erfassungs- und Bewertungsarbeiten, wie z.B. die Erfassung und Bewertung des beweglichen Sachanlagevermögens, die Ermittlung von Sonderposten und Rückstellungen, sind fortgeführt worden.

Die extern unterstützten Arbeiten im Bereich des Immobilienvermögens, die von der Fa. GMO in der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses am 31.05.2007 vorgestellt wurden, sind abgeschlossen worden.

Die erstellten Gebäudegutachten wurden in Form einer ausführlichen Dokumentation der Verwaltung ausgehändigt und verwaltungsintern, insbesondere im Hinblick auf die Abstimmung zu bildender Instandhaltungsrückstellungen mit den in den HH-Jahren 2008 bis 2011 durchzuführenden Instandhaltungsmaßnahmen, ausgewertet.

Z.Zt. werden die Gutachten durch das Rechnungsprüfungsamt stichprobenweise dahingehend betrachtet, ob die Dokumentationen dazu geeignet sind, die Ergebnisse im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz nachzuvollziehen. Eine endgültige Prüfung zur vorgenommenen Bewertung wird erst im Rahmen der „offiziellen“ Prüfung der Eröffnungsbilanz durch die Testierung erfolgen.

Unabhängig vom Abschluss der RPA-Betrachtung liegt heute in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt entsprechend der Ankündigung in der gemeinsamen Sitzung am 31.05.07 für jede Fraktion eine Ausfertigung der Dokumentation hier aus.

Weitere Ausfertigungen können bei Bedarf nachgeliefert werden.

Innerhalb des Themenbereichs „Eröffnungsbilanz“ wird erwartungsgemäß das Stichwort „Abschreibungen“ besondere Bedeutung haben. Dies wird auch durch die ersten Erfahrungen anderer Städte bestätigt.

Es reicht nicht aus, diese Abschreibungen aufgrund der maßgeblichen Unterlagen rechnerisch zu ermitteln. Quasi als „Gegenposten“ sind Sonderposten der Passivseite von Bedeutung. Hier ist beispielsweise erforderlich, die ab 1974 erhaltenen Zuwendungen zusammen zu stellen, dem richtigen Vermögensgegenstand zuzuordnen und dem vorsichtig geschätzten Zeitwert des Vermögens gegenüber zu stellen. Letztlich wird die daraus folgende jährliche Auflösung ertragswirksam berücksichtigt und damit als Gegenposten zum Abschreibungsaufwand entlastend wirken.

Die historische Größenordnung allein dieses Postens liegt (ohne Kanal) bei rd. 42 Mio. €, womit zugleich das Gewicht unterstrichen wird.

Hieran wird z.Z. intensiv gearbeitet.

c) Entwicklung des Produkthaushaltes 2008

Zur Entwicklung des Produkthaushaltes 2008 wurden kamerale Mittelanmeldungen und Informationen zu den Produkten, die im beschlossenen Produktplan enthalten sind, durch die jeweils zuständige Organisationseinheit dem Fachbereich Finanzen zugesandt.

Dort wurde dann durch die Überleitung der **zunächst** kameral verarbeiteten Daten in die NKF-Umgebung der erste Entwurf des Produkthaushaltes 2008, der aber noch kein Gesamtbild vermitteln kann, erstellt und in Etatgesprächen mit den Produktverantwortlichen erörtert.

Die in diesen Entwurf eingeflossenen Produktinformationen werden zur Zeit inhaltlich ausgewertet. Insbesondere werden die definierten Ziele und Kennzahlen im Hinblick auf ihre Steuerungsrelevanz im ersten Schritt durch die Verwaltung geprüft, um daraus entsprechende Vorschläge zu entwickeln.

Die laufenden Arbeiten und die ersten Abstimmungsgespräche über den Haushalt 2008 haben das Ausmaß der Umstellung noch einmal deutlich unterstrichen.

Daraus möchte ich den Vorschlag ableiten, dass wir weit vor den eigentlichen Etatberatungen der parlamentarischen Gremien einen NKF-Arbeitskreis einrichten, der z.B. aus je einem Vertreter/einer Vertreterin der Fraktionen und den zu den jeweiligen Themen kompetenten Vertretern der Verwaltung bestehen könnte.

Dieser Arbeitskreis wäre m.E. geeignet, den Informationsfluss sowohl zum Gesamtthema, vor allem aber zu den neuen Strukturen, zu wichtigen Bausteinen des neuen Systems zu verbessern. Hier wäre auch Gelegenheit, bereits im Vorfeld über Anforderungen, Anregungen und Möglichkeiten zu beraten, ohne dass Beschlüsse erwartet werden.

Themenfelder sollten dann sowohl der Haushalt 2008 als auch die Eröffnungsbilanz sein.

Wenn sich der Hauptausschuss diesem Vorschlag anschließend könnte, müsste auch die Beratungsdichte umrissen werden.

Wenn wir möglichst kurz nach dem Heimatfest einen ersten Termin finden (Vorschlag 12.09.07), käme der in die Zeit, in der ich einen ersten, möglichst umfassenden Entwurf des Haushalts 2008 erwarte. Dann wird deutlich, ob der vorgestellte Zeitplan, Einbringung Ende Okt. d.J., eingehalten werden kann.“

Zum vorgeschlagenen NKF-Arbeitskreis regt Herr Frech auch die Nominierung von Stellvertretern an.

Herr Philipp dagegen möchte für die SPD-Fraktion zur Bildung dieses Kreises noch keine Aussage treffen. Er sieht zunächst die Verwaltung in der Pflicht, das seinerzeit in´s Gespräch gebrachte Thema „Schwerpunktbildung im Haushalt“ aufzugreifen.

Da sich in dieser Frage kein Konsens ergibt, sollen zur Teilnahme an diesem Arbeitskreis nun kurzfristig Einladungen an die Fraktionen versandt werden.

8 Entwicklung der Haushalte/Leitbildentwicklung

Die Angelegenheit wird auf Antrag der SPD-Fraktion vertagt.

Die Beratung soll in der nächsten Hauptausschusssitzung aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x

9 Ausbildungsplätze bei der Stadt Schwelm

122/2007

abgesetzt

10 Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse zu Schwelm für das Geschäftsjahr 2006 113/2007

Den Organen der Städt. Sparkasse zu Schwelm und deren Mitgliedern wird gemäß § 7 Abs. 2 f des Sparkassengesetzes NRW aufgrund der vorgelegten Unterlagen Entlastung für das Geschäftsjahr 2006 erteilt.

Auf die Auslegung des Jahresabschlusses soll in der Westfälischen Rundschau und in der Westfalenpost hingewiesen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x

An der Beschlussfassung haben nicht teilgenommen:

-Herr Paul Frech
-Herr Günther Dresen
-Frau Brigitta Gießwein
-Herr Matthias Kampschulte
-Herr Heinz-Joachim Rüttershoff
-Herr Ernst W. Siepmann
-Herr Jochen Stobbe

11 Verwendung des Jahresüberschusses der Städt. Sparkasse zu Schwelm aus dem Geschäftsjahr 2006 114/2007

Der ausschüttungsfähige Teil des Jahresüberschusses der Städt. Sparkasse zu Schwelm von insgesamt 66.908,44 EUR aus dem Geschäftsjahr 2006 soll der Sicherheitsrücklage dieses Instituts zugeführt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x
dafür
dagegen:
Enthaltungen: 5

12 14. vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 3 "Neuloh" 078/2007

- 1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen gem. § 13 Abs.2 Ziff. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB**
- 2. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen gem. § 13 Abs. 2 Ziff. 3 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB**
- 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB**

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die Satzung zur 14. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 „Neuloh“ und die dazugehörige Begründung beschlossen.

- Den Anregungen des Wupperverband, Untere Lichtenplatz Straße 100, 42289 Wuppertal hinsichtlich der vorhandenen hydraulischen Leistungsfähigkeit der nördlichen Schwelme sowie zur Freihaltung eines Schutzstreifens wird gefolgt.
- Der Anregung der AVU Gevelsberg, An der Drehbank 18, 58285 Gevelsberg um frühzeitige Beteiligung an der Ausbauplanung wird gefolgt.
- Der Anregung der AGU Schwelm, Herr Michael Treimer, Untermauerstraße 5, 58332 Schwelm zur teilweisen Änderung der Pflanzliste wird nicht gefolgt.

2. Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die **erneute** öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 66 „Bahnhof Loh“ einschließlich der dazugehörigen Entwurfsbegründung mit Umweltbericht beschlossen.

Es liegen Informationen zu umweltrelevanten Aspekten durch folgende Untersuchungen vor, die während der Offenlegung eingesehen werden können:

- Klimaanalyse für die Stadt Schwelm
- Städtökologischer Fachbeitrag für die Stadt Schwelm
- Flächenrisiko-Detailuntersuchung (FRIDU) der Mull & Partner Ingenieurgesellschaft mbH vom August 2004
- Landschaftspflegerischer Begleitplan (LPB) des Büros Plan, Büro für Garten und Landschaftsarchitektur vom 01.08.2005
- Schallgutachten der RWTÜV Systems GmbH vom 12.11.2004
- Verkehrsgutachten des Büros Schüßler-Plan vom Juni 2005

Von der Regelung des § 4 Abs. 6 BauGB, dass unter den darin genannten Voraussetzungen Stellungnahmen, die nicht innerhalb der Offenlegungsfrist abgegeben werden, unberücksichtigt bleiben, wird Gebrauch gemacht.

Auf Anregung von Herrn Philipp wird folgende Protokollnotiz angefügt:

„Bei Umsetzung der Straßenbegleitbegrünung ist die AGU in das Verfahren einzubinden.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x

**15 Bushaltestelle "Friedhof" (Fahrtrichtung Wuppertal) - 117/2007
Kostenschätzung**

abgesetzt

16 Aktualisierung der Sondernutzungssatzung 090/2007

Zu Beginn weist die Verwaltung auf eine redaktionelle Korrektur des Gebührentarifs Nr. 5 d hin. Danach sei das Wort „Nichtkommerzielle“ vor den Worten „Werbe- und Verkaufsstände, Infostände etc.“ zu streichen.

Die anschließende Diskussion im Ausschuss macht deutlich, dass einer Verkürzung der erlaubnisfreien Lagerung von Gegenständen und für das Abstellen von

Containern von generell bisher 48 Stunden auf zukünftig 12 bzw. 24 Stunden im Bürgerinteresse nicht zugestimmt wird.

Auf Antrag der SPD-Fraktion sollen die Zeitangaben in § 4 Abs. 1 Buchstaben e + f des Satzungsneuentwurfs insofern wieder auf 48 Stunden geändert werden.*

Unter Berücksichtigung der genannten Änderung wird folgender Beschluss gefasst:
Der Hauptausschuss schlägt dem Rat vor, wie nachfolgend zu beschließen:

„Der Rat beschließt den Entwurf einer aktualisierten Sondernutzungssatzung gem. Vorlage der Verwaltung Nr. 090/2007 als Satzung unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen in § 4 Abs. 1 Buchstabe e + f und in Nr. 5 d des Gebührentarifs.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x

Anmerkung zum Protokoll: Der Text der Gebührentarife in Nr. 3 und 5 c ist hinsichtlich der Zeitangaben ebenfalls entsprechend anzupassen.

17 Gesellschafterversammlung der EN - Agentur am 131/2007
17.08.2007 (Genehmigung einer)
Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 S. 1
GO NW

Der Rat genehmigt die vom Hauptausschuss am 16.08.2007 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW zur Gesellschafterversammlung der EN – Agentur.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x

Herr Frech hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 13 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 31.08.07

Der Schriftführer
gez. Fischer.

Der Bürgermeister
gez. Dr. Steinrücke